

## Einheitsdenkmal wird gebaut

Nach einem beispiellosen Hin und Her soll das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin nun doch gebaut werden. Der Bundestag forderte mit klarer Mehrheit, das seit Jahren geplante Projekt noch vor der Bundestagswahl im Herbst auf den Weg zu bringen. Einweihung soll am 9. November 2019 sein – am 30. Jahrestag des Mauerfalls. Die Grünen unterstützten einen entsprechenden Antrag von Union und SPD. Nur die Linken stimmten dagegen. Das Plenum hob damit einen Beschluss des Haushaltsausschusses vom April vergangenen Jahres auf, der das Projekt wegen einer Kostensteigerung von zehn auf 15 Millionen Euro gestoppt hatte.

## Muslime für Kreuz auf Berliner Schloss

Der Zentralrat der Muslime hat sich für die umstrittene Rekonstruktion eines Kreuzes auf der neuen Berliner Schloss-Kuppel ausgesprochen. „Das Kreuz gehört auf die Schlosskuppel, weil das



**Tolerant:**  
Aiman Mazyek

Gebäude einen historischen Kontext aufweist, und dieser geschichtliche Zusammenhang hat nun mal mit dem Christentum und mit christlicher Symbolik zu tun“, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek der Zeitung „Die Welt“. Man solle diesen Kontext nicht verschleiern oder zwanghaft abschaffen. Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Linke) lehnt das Kreuz als „falsches Signal“ ab. Ein staatlicher Bau solle nicht der Religionsausübung dienen. Mazyek sagte, er könne sich nicht vorstellen, dass sich muslimische Besucher von dem Kreuz gestört fühlen könnten. „Kreuze sind Teil unseres kulturellen und historischen Erbes in Deutschland und gehören zu unserem Land dazu, religiös und kulturell“, sagte er. Alternativ könne er sich ein Symbol vorstellen, das Kreuz, Halbmond und Davidstern vereine, um den Dialog zwischen den Religionen aufzuzeigen.

# Auf der Überholspur

Ein Kommentar von Frank Behrens



Wenn der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz ändert, verstreichen in der Regel drei Wochen, bevor der Bundesrat dies bestätigt. Doch manchmal geht auch alles ganz schnell.

So stimmte am 1. Juni der Bundestag ab, schon einen Tag darauf folgte der Bundesrat. Auf der Tagesordnung stand die Reform des Länderfinanzausgleichs: Ab 2020 sollen die Länder mehr Geld vom Bund erhalten. Im Gegenzug erhält der Bund mehr Eingriffsrechte – bei Schulinvestitionen, der Steuerverwaltung und den Fernstraßen. Gerade der letzte Punkt ist hoch umstritten: Monatlang war darum gerungen worden, ob die Bundesautobahnen privatisiert werden sollen. Nein, sagte die SPD. Half dann aber kräftig mit, Hintertüren offenzuhalten. Hier liegt offensichtlich auch der Grund, warum die Abstimmung im Bundesrat nicht bis Anfang Juli warten durfte. Die SPD wollte die Kuh vom Eis haben, und zwar vor ihrem Programmparteitag am 25. Juni in Dortmund. So ist es jedenfalls im po-

litischen Berlin zu hören. Gemeinsam mit der Union hatte die SPD eigens einen Brief an den Bundesrat geschrieben, dass der seine Tagesordnung ändern möge. Begründung: Durch den parlamentarischen Zeitplan sei eine Vorverlegung „zwingend geboten“.

Ein solches Vorgehen nährt den Verdacht, dass es etwas zu verbergen gibt. Womit wir wieder bei den Hintertüren in Sachen Autobahnen wären. Denn erstmals sind nun im Grundgesetz neue Möglichkeiten festgeschrieben: Ab 2021 steuert eine private Infrastrukturgesellschaft als GmbH den Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen. Einzelprojekte können an Public Private Partnerships vergeben werden, was Projekte laut Studien im Schnitt um 20 Prozent teurer macht. Und Versicherungen werden als Investoren „Genussscheine“ mit hohen Erträgen schätzen. All das führt zu Mehrkosten für den Steuerzahler. Ob diese ängstliche Eilaktion zur aktuellen SPD-Gerechtigkeitskampagne passt? Sehr fraglich.

Ausstieg

## Klima übersteht Trump

Deutschland will wegen des Ausstiegs der USA aus dem Pariser Klimaabkommen keine zusätzlichen Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasen eingehen.

„Es wird jetzt von niemandem in der Welt erwartet, dass er das durch seine eigenen Anstrengungen kompensiert“, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) als Reaktion auf Trumps Ankündigung vom 1. Juni, aus dem Klimapakt auszusteigen.

Dass US-Präsident Donald Trump die Ende 2015 beschlossene Vereinbarung aufkündigen wolle, sei ein „Rückschlag“, räumt Hendricks ein. Sie sei aber sicher, „das wird das Weltklima überstehen“.

Die anderen Vertragsparteien stünden nun umso fester zusammen. Selbst Saudi-Arabien, dessen Wirtschaftsmodell derzeit noch weitgehend auf Öl ausgerichtet sei, wolle keinen Rückzieher machen, sagte Hendricks. ●